

DEUTSCHLAND - UNION - DIENST

Informationsdienst der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen
Union Deutschlands

Redaktion und Vertrieb: Frankfurt a.M., Bettinastrasse 64, Tel. 77178/77906
Herausgegeben von Bruno Dörpinghaus mit Genehmigung der Militärregierung
Postscheckkonto: Frankfurt a.M. 39967 - Bankkonto: Hessische Bank, Frank-
furt a.M. 125739 beide unter Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU-Deutschlands

Nr. 96, 3. Jhrg. (C) Frankfurt a.M., den 20. Mai 1949

Seite 1

Die FDP liefert Wahlblüten.

Aus den Parteien

Der Wahlkampf treibt schon jetzt seine Wahlblüten, wie ein Rundschreiben der hessischen FDP beweist, das an eine Reihe von Ärzten an und bei Frankfurt verschickt wurde. Der Zweck des Briefes ist, die Adressaten um Spenden für den Wahlkampf zu bitten. Die FDP ist ehrlich genug zuzugeben, dass für die "intensive Aufklärungsarbeit und Versammlungstätigkeit", "zu der uns gegenwärtig noch die erforderlichen Mittel fehlen", rund 500 000 D-Mark nötig sind. Interessanter als diese Enthüllung ist die Begründung, die die FDP ihrer Bitte um Spenden mit auf den Weg gibt. Wir entnehmen dem vom 7. April (!) datierten Brief folgenden Auszug:

"Die FDP wird getreu der bisher von ihr verfolgten Politik, für die wir als Beispiel die gegen die sozialistischen Parteien und unter Mitreissen der schwankenden CDU durchgesetzte Überleitung zur freien Marktwirtschaft anführen wollen, im Bundeswahlkampf unbeirrbar für die politische und wirtschaftliche Freiheit und damit für den wahrhaft sozialen, einheitlichen Rechtsstaat mit konstanter Regierung und die deutsche Gleichberechtigung in einem europäischen Staatenbund eintreten. Sie wird sich mit aller Schärfe gegen jede Form des Kollektivismus und Sozialismus wenden, weil diese dogmatischen Irrlehren unser Volk nur wiederum in dieselbe furchtbare Diktatur, Korruption und Verelendung zu führen vermögen, wie sie die Deutschen der Ostzone unter dem kommunistischen Terror noch immer zu erdulden haben.

Es sollte auch Ihnen nicht gleichgültig sein, ob der erste Bundestag eine sozialistische Mehrheit bzw. eine Mehrheit der zum extremen Föderalismus und zu einer Übertragung konfessioneller Sonderrechte neigenden und gegen Zugeständnisse auf diesem Gebiet zu gefühlichen Konzessionen an den Sozialismus bereiten CDU erhält, oder ob eine starke FDP die persönliche Handlungsfreiheit, die Privatinitiative, die gesamtdeutsche Rechts- und Wirtschaftseinheit und den konfessionellen Frieden unter ihren wirksamen Schutz nehmen kann."

Die Verwegenheit - um nicht mehr zu sagen - mit der die hessische FDP hier die Durchsetzung der freien Marktwirtschaft für sich in Anspruch nimmt, macht dem Liberaldemokraten alle Ehre. Als eine starke Verdrehung der Tatsachen muss jedoch die Behauptung bezeichnet werden, die FDP habe die "schwankende" CDU im Kampf für die freie Marktwirtschaft "mitgerissen". Es sollte auch der FDP in guter Erinnerung sein, dass gerade die CDU/CSU im Wirtschaftsrat es gewesen ist, die sich seit jeher für den Abbau der Zwangsbewirtschaftung eingesetzt und seit der Währungsreform jede Möglichkeit benutzt hat, dieses programmatische Ziel durchzusetzen. Allerdings hat die CDU/CSU sich nicht dazu hergegeben, dem schrankenlosen Wirtschaftsliberalismus das Wort zu reden, wie er von der FDP gefordert wird. Die CDU/CSU hat zu jeder Zeit die freie Marktwirtschaft mit den sozialen Verpflichtungen verknüpft, die

sich aus dem christlichen Gewissen und aus der wirtschaftlichen Lage breiter Volksschichten ergibt. Dieses Verantwortungsbewusstsein ist es allerdings, was die CDU/CSU von der FDP nicht erst seit gestern trennt.

Dass die hessische FDP vom kommenden Bundestag eine Mehrheit der extremen Föderalisten befürchtet, kann nur als das unfreiwillige Eingeständnis der Schwäche des eigenen Programms bezeichnet werden. Die Angst vor konfessionellen Sonderrechten wirkt bei der FDP auch heute noch nach, nachdem durch die Abstimmung im Parlamentarischen Rat die Verhältnisse einwandfrei geklärt sind. Der FDP muss gesagt werden, dass die CDU/CSU von diesen angeblichen Sonderrechten, die in Wirklichkeit nichts anderes sind als die naturgegebenen Rechte jeder christlichen Familie, auch in Zukunft nicht abgehen wird.

Nochmals: Aus den Personalakten der Bayernpartei.

Aus den Parteien

Unsere Meldung in Nr. 90 des Informationsdienstes vom 12. Mai über den Generalsekretär der Bayernpartei, Dr. Falkner, hat inzwischen durch die Ereignisse eine weitgehende Bestätigung erfahren. Falkner hat zusammen mit der monarchistischen Gruppe innerhalb der Bayernpartei eine Abmachung getroffen, der zufolge er dem Landesvorsitzenden Baumgartner die Alternative stellt, entweder bis zum 1. Mai öffentlich für die Wiedererrichtung der Monarchie in Bayern einzutreten oder als Parteivorsitzender zurückzutreten und einer den monarchistischen Kreisen genehmeren Person Platz zu machen. Da Dr. Baumgartner innerhalb der Bayernpartei nur durch Hilfe Falkners eine Mehrheit auf sich vereinigen konnte, wusste er genau, dass diese Drohung ernst zu nehmen sei. Er zog es vor, sich seine Stellung als Landesvorsitzender zu erhalten, obwohl er bislang jede Verquickung der Ziele der Bayernpartei mit denen der Monarchisten abgelehnt hatte. Er gab dann auch die entsprechende bekannte Erklärung bei der Kundgebung in Dachau ab. Die Zeitung der Bayernpartei unter Leitung von Kolmsberger, der seit jeher zu den ausgesprochensten Bayerischen Monarchisten gehört, bemüht sich, die königstreue Haltung Baumgartners in einem noch schärferen Licht erscheinen zu lassen.

RAD-Organisation nicht genehmigt.

Aus den Parteien

Das bayerische Innenministerium wird die Eintragung des "Interessenverbandes der berufsmässigen Angehörigen des ehemaligen Reichsarbeitsdienstes und deren Hinterbliebenen, Landesverband Bayern", in das Vereinsregister des Amtsgerichtes Regensburg vorerst nicht genehmigen. Das Innenministerium will erst Erhebungen darüber anstellen, ob in anderen Ländern der Westzone ähnliche Verbände gegründet werden sollen. Nach Ansicht des Innenministeriums liegt die letzte Entscheidung über die Zulassung solcher Verbände bei OMGUS Berlin.

Auch die Volkspolizei.

In einer Rede vor 2000 Studenten der Heidelberger Universität forderte Dr. Adenauer, dass eine eventuelle Zurückziehung der Besatzungstruppen die Zurückziehung der Volkspolizei aus der sowjetischen Zone notwendig mache, da sie von Offizieren befehligt werde, die in Russland ihre Heimat sehen.

Deutsche Union.

Landrat Anton Schwan (CDU) Tauberbischofsheim, wurde von der konsti-

tuierenden Versammlung in den vorläufigen Arbeitsausschuss der Deutschen Union für Württemberg-Baden gewählt.

"Kontroll"-Versuche zusammengebrochen.

Berlin

Gegen die behördliche Bevormundung und den Doktrinarismus der Sozialdemokraten in Berlin wandte sich der Vorsitzende des Berliner Landesverbandes der CDU, Handelsminister a.D. Dr. Walther Schreiber, in mehreren Grossversammlungen der CDU. Die SPD-Politik verhindere den Anschluss an die wirtschaftliche Entwicklung in den Westzonen. Er verwies auf die unsinnige Beschlagnahme von Fischtransporten durch den sozialdemokratischen Ernährungsdirektor Füllsack, der zur Folge hat, dass im amerikanischen Sektor, wo die Militärregierung diese Beschlagnahme als widerrechtlich bezeichnet, der von den Grosshändlern mit Fernlastern herangebrachte Fisch frei verkauft wird, in dem anderen Teil aber beschlagnahmt ist und in nicht mehr frischem Zustand demnächst verteilt werden soll.

Die sozialdemokratische Sucht, alles zu kontrollieren und zu lenken hat ferner dazu geführt, dass die Fernlasten in Berlin keinen Treibstoff für die Rückfahrt bekommen konnten. Der Magistrat erkannte die Benutzungsbescheinigung aus Süd- und Westdeutschland nicht an und gibt erst dann Treibstoff heraus, wenn die "Notwendigkeit der Fahrt" nachgewiesen wird.

Der kommunale Grosshandel, der in 9 von den 12 West-Berliner Bezirken bisher immer noch auf sozialdemokratische Veranlassung anstelle des Fachgrosshandels tätig ist, erlebt in diesen Tagen seinen völligen Zusammenbruch. Die Entwicklung ist über diesen viel zu langsamen und schwerfälligen behördlichen Apparat einfach hinweggegangen.

Aus Griechenland entkommen.

Ostzone

Drei deutschen Angehörigen der sogenannten Kommunistischen Griechischlandbrigade ist es gelungen, aus Albanien zu desertieren und mit Hilfe des jugoslawischen Konsulats nach West-Berlin zu entkommen. Sie berichten, dass es in Albanien mehrfach zu Zusammenstößen mit der Bevölkerung gekommen sei, so dass die Deutschen in andere Orte an der griechisch-jugoslawischen Grenze verlegt wurden. In den letzten Tagen vor ihrer Flucht seien 1200 "Freiwillige" über Bischofswerda und Bautzen in Sachsen via Tschechoslowakei nach Albanien transportiert worden.

Terminkalender:

Am 23. Mai spricht der Direktor der Verwaltung für Arbeit, Storch, vor dem Industrieverband Bergbau in Bochum über die knappschaftliche Rentenversicherung.